

## Sebastian Anton HOMFELD

geb. 11.9.1688 Aurich

gest. 20.5.1761 ebd.

Jurist

luth., später ref.

*(BLO IV, Aurich 2007, S. 214 - 218)*

Nach einem Studium in Jena, wo er sich am 4. Mai 1708 immatrikulierte, schloß Sebastian Anton Homfeld, Sproß einer bedeutenden [Grundbesitzerfamilie](#) (s. dort) im Reiderland, seine juristischen Studien 1711 in Groningen mit der Promotion ab. Anschließend ließ er sich als Advokat in Emden nieder. Am 4. April 1719 erfolgte seine Eheschließung mit Christine Juliane Rüssel, der Tochter des ostfriesischen Kanzlers Enno Wilhelm Rüssel. Nicht nur durch diese Ehe – aus ihr gingen sieben Kinder hervor - war Homfeld mit allen wichtigen Familien im Lande verwandt. Spätestens ab 1720 stand er im Dienste des Grafen von Knyphausen als Amtmann bzw. Gerichtsverwalter für die Herrlichkeit Jennelt. Gleichzeitig war er seit 1721 Syndikus der ostfriesischen Landstände, und damit begann seine eigentliche politische Karriere. Als Anwalt der „renitenten“ Stände kämpfte er für die „akkordgemäße, altständische Freiheit“ und gegen die durch den Kanzler [Brenneysen](#) (s. dort) vertretenen absolutistischen Ansprüche des Fürsten, - daneben wohl auch für seine eigenen Interessen.

Homfelds erster Kampf galt den kaiserlichen Dekreten von 1721, mit denen Karl VI. auf die Klagen des Fürsten reagierte und die diesem das Recht zur Oberaufsicht über die Verwendung und Abrechnung der Landesgelder einräumte. Nach Auffassung der Stände war das unvereinbar mit den Landesakkorden. Die Auseinandersetzungen gipfelten schließlich im sog. „Appelle-Krieg“, der auch militärisch geführten Auseinandersetzung zwischen „renitenten“ Landständen und dem Fürsten. Homfeld gehörte der „Geheimen Kommission“ an, einem sieben Personen umfassenden Führungsgremium der Stände, das mit allen Mitteln - insbesondere auch pekuniären - für eine Änderung der kaiserlichen Politik in Ostfriesland arbeitete.

Die preußischen Ambitionen auf Ostfriesland, insbesondere auf Emden, stießen in der Stadt auf Zustimmung, weil Preußen geneigt schien, die Forderungen nach Wiederherstellung altständischer Rechte zu erfüllen. Homfeld, als Vertreter der „Rebellen“, weilte bereits 1724 in Berlin, um das weitere Vorgehen im Sinne Preußens zu koordinieren. Ob Homfelds konspiratives Verhalten schon zu diesem Zeitpunkt den Straftatbestand des Hoch- bzw. Landesverrats im Sinne der Carolina erfüllte, bleibt dabei eine akademische Frage. Spätestens aber mit dem „Appelle-Krieg“ (1725-1727) hatte er sich eindeutig gegen seinen Landesherrn erhoben. Die nach der Niederlage der „renitenten“ Landstände folgende strenge Maßregelung der an diesem Aufstand beteiligten Ritterschaftsmitglieder um den Freiherrn von dem Appelle und die Repressionen gegen die Stadt Emden als Hort des Widerstandes haben Homfelds Haß gegen den Fürsten und seinen Kanzler Brenneysen sicher noch gesteigert. Die ihm auf Verlangen der fürstlichen Regierung von der kaiserlichen Kommission entzogene Advokatur infolge seiner Stellung als „Renitenter“ war dabei seinen Gegnern wichtiger als ihm selber. Vielleicht waren die Repressalien auch die Antwort auf Homfelds Ablehnung einer Stelle im fürstlichen Dienst. Die Regierung hatte ihm im Jahre 1724 ein Angebot gemacht, „die Seiten zu wechseln“, was von ihm abgelehnt worden war.

Trotz aller Feindschaft wußte man in Aurich von den exzellenten Qualitäten Homfelds als Jurist.

Überraschenderweise waren es aber die Generalstaaten der Niederlande, die dann in der Nach-Bürgerkriegszeit zum wichtigsten Unterstützer der widerspenstigen Stadt Emden wurden, und Homfeld mußte sein ganzes Geschick aufwenden, um die Stadt wieder auf die Hohenzollern einzuschwören. Seit 1733 stand er als preußischer „Direktorialrat“ im niederrheinisch-westfälischen Reichskreis, vorher schon als Gerichtsschulze für das preußische Militärkontingent in Emden, direkt in preußischen Diensten und versuchte, der Anwartschaft der Krone Preußens auf Ostfriesland – seit 1694 besaß man eine von Leopold I. verbriefte „Expektanz“ auf die Grafschaft – Geltung zu verschaffen. Dabei verstand es Homfeld als brillanter Ränkeschmied und geübter Diplomat, der Stadt und den Landständen die Illusion zu vermitteln, Preußen würde dem Verlangen nach Restauration ihrer überkommenen mittelalterlichen Ständefreiheit nachkommen. Vielleicht glaubte er aber auch selbst daran, jedenfalls schien es ihm denkbar, daß Ostfriesland im Konzert der preußischen Provinzen, wenn nicht seine eigene, so doch andere Musik machen könnte. Immer im Spiel waren auch seine persönlichen Ambitionen und Interessen, die er bei seinen Geschäften und Tätigkeiten nie aus dem Auge verlor. Sie ließen ihn letztendlich maßlos werden und abstürzen.

Für Preußen war Homfeld zu einem unentbehrlichen Agenten geworden. Schon nach dem Tode des Fürsten Georg Albrecht von Ostfriesland im Jahre 1734 begann seine gezielte „Untergrundarbeit“ im Sinne Preußens. Schon rund zehn Jahre vor dem „Ernstfall“ lagen bei ihm und dem Kommandanten des preußischen Bataillons in Emden die Besitzergreifungspatente bereit, und auch die Tatsache, daß Georg Albrechts Sohn und Nachfolger Carl Edzard noch nicht einmal zwanzig Jahre alt war, hinderte ihn nicht daran, schon zu diesem Zeitpunkt Vorkehrungen für den Übergang zu treffen. Die Stadt Emden stand den Avancen Homfelds reserviert gegenüber und setzte eher auf die Generalstaaten und den Reichshofrat in Wien. Mit diplomatischem Gespür und Raffinesse bemühte sich Homfeld zunächst nur um einzelne Mitglieder des Magistrats, ehe er genug Rückhalt besaß und die gesamte Stadtregierung mit seinen pro-preußischen Forderungen konfrontieren konnte. In Heinrich Bernhard von dem Appelle, dem Führer des militärischen Widerstandes der Stände gegen den Fürsten und den Kanzler Brenneysen, hatte er einen wichtigen Beistand. Appelle, von der kaiserlichen Amnestie für alle Beteiligten an dem nach ihm genannten „Appelle-Krieg“ ausgenommen, saß in Emden als Asylant und erhoffte sich von Preußen seine Rehabilitation. Beide kannten sich aus den gemeinsamen politischen Kämpfen gegen das Fürstenhaus und waren zunächst auch persönlich befreundet. Homfeld war indes ohne jeden Skrupel, als er merkte, daß ihm in Appelle ein Konkurrent erwachsen konnte, mit dem er seine Erfolge möglicherweise hätte teilen müssen. Geschickt hintertrieb er dessen Bemühungen in Berlin und versuchte auch, Appelles Reputation zu beschädigen.

Nach dem Tode Kaiser Karls VI. und der Thronbesteigung Friedrichs II. im Jahre 1740 änderte sich die Politik der Stadt Emden merklich. Nun war man zu Verhandlungen mit Preußen über den zukünftigen Weg bereit. Allerdings verhandelte der Magistrat mit Homfeld, der im offiziellen Auftrage Friedrichs II. tätig wurde, zunächst nur im geheimen, da man sich nicht sicher war, ob alle Mitglieder den neuen Weg mitgehen würden. Im November 1742 konnte Homfeld dem König den Entwurf einer Konvention mit der Stadt Emden vorlegen, in der diese das Sukzessionsrecht des preußischen Königs völlig anerkannte und ihm zusicherte, sich am Tage der eventuellen Besitzergreifung zu unterwerfen. Andererseits erwartete man vom Monarchen nicht weniger als die Wiedererlangung alter Rechte, den Schutz vor den Widersachern, die Übernahme der Schulden des Fürstenhauses und die Freiheit vor Einquartierung und Werbung.

Was mag in Homfeld vorgegangen sein, als er im Februar 1744 erfuhr, die ostfriesische Fürstin wäre erneut schwanger? Selbst für diesen Fall schien er aber vorbereitet zu sein. Sollte nach der Besitzergreifung ein Prinz geboren werden, so werde dies weder ihm noch den Ständen noch der Stadt Emden zum „allergeringsten Praejuditz gereichen“, so schrieb er in einer Denkschrift vom 23. Mai 1744. Der Fürst sei krank und der Erbfall könnte eintreten. Wollte er jetzt nicht länger auf eine biologische Lösung warten? Wurde er im Angesicht des drohenden Scheiterns seines Lebensplans etwa selbst tätig? Jedenfalls lagen bereits im März 1744 Besitzergreifungspatente vor, die – zwei Monate vor dem Tode des regierenden Fürsten Carl Edzard und noch während der Schwangerschaft der Fürstin – mit dem Aussterben des Hauses Cirksena begründet wurden. Als dann im Mai diese Konvention unterzeichnet wurde, die Fürstin eine Fehlgeburt erlitt, der letzte Zweifler an Preußens Aufrichtigkeit, der Präsident der Stände Carl Philipp zu Inn- und Knyphausen, seinen Widerstand aufgegeben hatte und kurz darauf gar der gerade erst 28 Jahre alte Fürst Carl Edzard unter mysteriösen Umständen verstorben war, da war Homfeld am Ziel angelangt. Ostfriesland war preußisch! Innerhalb einer Woche war der Übergang vollzogen, und Homfeld spielte dabei als intimer Kenner der Landesverhältnisse eine bedeutende, wenn nicht die wichtigste Rolle.

Auf Vorschlag des Großkanzlers Cocceji wurde er schon im Juni 1744 zum Kanzler und Leiter der Ostfriesischen Regierung ernannt. Er war damit ranghöchster Beamter in der neuen preußischen Provinz und bekleidete eine Stellung, die sich auch schon in der Dotation ausdrückte. Verdiente er doch doppelt so viel wie der Direktor der neu eingerichteten Kriegs- und Domänenkammer, der Kammerdirektor Bügel. Den Schachzug Berlins, zwei Behörden zu etablieren, durchschaute der „alte Fuchs“ Homfeld natürlich. Er war nun zwar oberster Beamter in Ostfriesland, mit der Kriegs- und Domänenkammer hatte man ihm jedoch eine Behörde gegenübergestellt, die, mit landfremden altpreußischen Beamten besetzt, die eigentliche Innenbehörde darstellte, während sich die Regierung zunehmend in eine Justizbehörde wandelte. Schon in einem recht frühen Stadium kam es zu Spannungen, die vor allem durch Homfeld ausgelöst wurden. Der Kanzler war durchaus nicht bereit, die Kammer und ihren Präsidenten als gleichberechtigt anzuerkennen oder auch nur mit ihr gedeihlich zusammenzuarbeiten, zumal er sich auch eher als Generalgouverneur fühlte, sogar wohl von einem Titel „Vizekönig“ träumte. Er glaubte der Kopf Ostfrieslands, statt der Arm Preußens zu sein.

Homfeld profitierte von seiner weitverzweigten Verwandtschaft – nach Aussage des späteren Regierungspräsidenten von Derschau war er mit dem halben Land verwandt -, wie er auch seinerseits Gefälligkeiten zu honorieren mußte. So ersetzte er eigenmächtig etwa den Deichrichter der Niederrheider Deichacht, F. A. Haringa, durch einen Verwandten seiner Frau. Ein wichtiger Informant war sein Sohn Peter, der schon als Student in Halle, als Kammergerichtsrat in Berlin und schließlich als Regierungsdirektor in Magdeburg den Vater über politische Stimmungen, Meinungen über und Pläne für Ostfriesland berichtete. Er war quasi zwanzig Jahre lang der Privatagent seines Vaters und ging dabei soweit, ihn schon vorab auf dem Privatwege mit Abschriften und Exzerpten von Reskripten und Erlassen Ostfriesland betreffend zu versorgen. Allerdings hat Peter Homfeld seinen Vater auch immer wieder gewarnt, den Bogen nicht zu überspannen, denn man wurde in Berlin seiner Eigenwilligkeiten und Eigenmächtigkeiten langsam überdrüssig. Schon 1746 hatte Bügel deshalb nach Berlin berichtet und vorgeschlagen, Homfeld in eine andere Provinz zu versetzen.

Der großen Aufgabe Preußens, das marode Ostfriesland zu reformieren und zu modernisieren, insbesondere auch durch einen Umbau der inneren Verwaltung, setzten die Stadt Emden und die Landstände weiterhin eine reaktionäre Politik entgegen, die allein

darauf aus war, die mittelalterlichen Vorrechte zu erhalten. Sie wußten Homfeld auf ihrer Seite. Sein Verhalten war so eindeutig, daß es schließlich dem König zuviel wurde, und er seinen Großkanzler per Kabinettsorder anwies, die Möglichkeit einer Versetzung auszuloten. Cocceji befürchtete allerdings, daß Homfeld in dem Fall dann sicher demissioniert und in andere Dienste, vielleicht landständische, getreten wäre, um seine Wühlarbeit um so intensiver fortzusetzen. Mit einem diplomatischen Schachzug lavierte man Homfeld vorübergehend ins Matt. Er wurde in der zweiten Hälfte des Jahres 1748 nach Berlin beordert, um wegen „Regulierung allerhand ostfriesländischer Angelegenheiten“ mit den Behörden zu konferieren. Dort beschäftigte man ihn mit der Erstellung verschiedener juristischer Gutachten, Homfelds großer Leidenschaft, die indes von der preußischen Regierung wohl nur für die „Schublade“ vorgesehen waren. Ohne Homfeld war es in Ostfriesland nun wesentlich einfacher, die Dinge im Sinne Preußens einzurichten.

Nach längerem Aufenthalt in Berlin kehrte Homfeld 1749 nach Ostfriesland zurück. Ob er jetzt erkannt hatte, daß er den Kampf gegen Berlin nicht gewinnen konnte? War ihm klar geworden, daß sein Traum von einem weitgehend unabhängigen, ständisch regierten Ostfriesland, vielleicht mit ihm an der Spitze, ausgeträumt war? Resigniert hat Homfeld indes nicht. Seine Haltung des indirekten Widerstandes wurde jetzt von einer Art Arbeitsverweigerung abgelöst. Er verschleppte Prozesse, die anstehende Justizreform, die Einführung des Codex Fridericianum, die Vereinigung von Hofgericht und Regierung, und entschuldigte sich mit Arbeitsüberlastung, etwa wegen der sog. Lichtensteinschen Forderung. Schließlich entzog man ihm die Direktion der Justizsachen in der Regierung und beließ ihm nur die Zuständigkeit für die Hoheitssachen. Statt seiner wurde der klevische Regierungsrat von Derschau zum Regierungspräsidenten ernannt. Auch er bekam Homfelds Antipathie zu spüren. Mehrfach beschwerte sich Derschau über Homfelds Nachlässigkeiten, seine Eigenwilligkeiten und seine unterschwelligten Beleidigungen, schließlich sogar Rechtswidrigkeiten. Das negative Urteil über Homfeld wurde im übrigen auch von anderen leitenden preußischen Beamten in Aurich bestätigt, etwa dem Kriegs- und Domänenrat von Colomb und dem Kammerpräsidenten Lentz. Wegen seines wiederholten rechtswidrigen Verhaltens erhielt Homfeld 1758 einen schweren Verweis durch das Justizdepartement. Einen Prozeß gegen ihn – der Vorwurf lautete auf Untreue - schob man vor sich her und vertagte ihn auf die Zeit nach dem Siebenjährigen Kriege. Ein Gutachten des Kriminalsenats in Berlin forderte gar seine Kassation. Dennoch konnte Homfeld sich halten; wegen seiner „hiebevorgelasteten ersprießlichen Dienste“ waren seine Bezüge sogar noch einmal um eine permanente Zulage verbessert worden.

Läßt sich nun seine Immunität mit der Befürchtung Berlins erklären, sein Rückhalt bei den Ständen und der Stadt Emden mache Homfeld unangreifbar? Waren es seine juristischen Spezialkenntnisse in den verwickelten Erbschaftsverhältnissen, wie bei den Lichtensteinschen und Kaunitzschen Forderungen, die ihn unersetzlich machten? Oder war es vielleicht gar seine Involvierung in den Fall Carl Edzard von Ostfriesland, die ihn so dauerhaft schützte? Hatte sich nicht auch Friedrich der Große, der Homfeld als „redlichen attachirten treuen Diener“ bezeichnete, in seinem Urteil getäuscht? Es bleiben Fragen, die von der Forschung wohl nicht beantwortet werden können. Sein Bild in der Geschichte indes zeigt einen überragenden, arbeitsamen Juristen, einen überzeugten Anhänger altständischer Ideen, einen Meister der Diplomatie, aber auch einen starrsinnigen Quertreiber, einen Intriganten, einen korrupten, eher dem eigenen Vorteil und dem seiner Clique als dem Lande verpflichteten Politiker und Beamten.

Werke: *Disputatio iuridica inauguralis de libertate ex lege quam sacro numine adstite. Ex autoritate magnifici prorektoris Dn. A. A. Pagenstecher ... publico examini a. d. 3. Aprilis 1711 ...*, Groningen 1711; *Meditamenta theoretico-practica in praecipuos materiae, tam juris civilis, canonici, feudalis ...*, Bremen 1712; *Derer zu dem Autoritate Caesarea, neu-bestellten und von ihro Römisch-Kayserlichen Majetät ... verordneten Administratoren*

abgenöthigten Gegen-Anweisung und Verwarnung an die Landes-Eingesessene wider die ... Verwarnung und Anweisung, Aurich 1727; Gründlicher Bericht von der Beschaffenheit des Ostfriesischen Reichs-Mann-Lehns, und der dem königlichen Chur-Hause, Preussen und Brandenburg, in diesem Ostfriesischen Reichs-Lehn, ... Confirmirten Expectanz, auf Abgang des ostfriesischen Hauses Manns-Stamms ohnstreitig zustehenden Succession, 1740.

Quellen: StAA, Dep. 8, Nr. 121, 123, 126, 128, 130, 132, 137, 141; GStA Berlin, GD, Ostfriesland II, HA, Abt. 21, Nr. 54; Acta Borussica. Die Behördenorganisation und die allgemeine Staatsverwaltung Preußens im 18. Jahrhundert, Band VI/1, VI/2, VII, VIII, IX, X, XI, XII.

Literatur: DBA I; Tileman Dothias W i a r d a, Ostfriesische Geschichte, Band 7 und 8, Aurich 1789 und 1797; Franz W a c h t e r, Bericht des Kanzlers Homfeld wegen der Behandlung der ostfriesischen Affaire auf dem Kongreß zu Soissons, in: Jahrbuch der Ges. für bildende Kunst und vaterländ. Altertümer zu Emden 15, 1903/1905, S. 425-427; Carl H i n r i c h s, Die ostfriesischen Landstände und der preußische Staat, in: ebd. 22, 1927, S. 1-268; d e r s., Der Einbau Ostfrieslands in den Friderizianischen Staat, in: ebd. 45, 1965, S. 133-147; Gerriet S c h e r z, Die Familie des Kanzlers Homfeld, in: Ostfriesland. Zeitschrift für Kultur, Wirtschaft und Verkehr, 1952, H. 1, S. 21-22; d e r s., Sebastian Anton Homfeld, in: Der Deichwart, Beil. zu Rheiderland, 1952, Nr. 1, S. 21-22; d e r s., Die Reiderländer Homfelds, in: Quellen und Forschungen zur ostfriesischen Familien- und Wappenkunde, 1955, H. 3, S. 51-62; Joseph K ö n i g, Verwaltungsgeschichte Ostfrieslands bis zum Aussterben seines Fürstenhauses (Veröffentlichungen der Nieders. Archivverwaltung, 2), Göttingen 1955; Heinrich S c h m i d t, Politische Geschichte Ostfrieslands (Ostfriesland im Schutze des Deiches, 5), Leer 1975, S. 334-336; Bernd K a p p e l h o f f, Absolutistisches Regiment oder Ständeherrschaft? Landesherr und Landstände in Ostfriesland im ersten Drittel des 18. Jahrhunderts (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen, XXIV/4), Hildesheim 1982; Horst C a r l, Okkupation und Regionalismus. Die Preussischen Westprovinzen im Siebenjährigen Krieg, Mainz 1993; Thorsten M e l c h e r s, Ostfriesland: Preußens atypische Provinz? Preußische Integrationspolitik im 18. Jahrhundert, Oldenburg 2002 (Maschr. Diss. phil.).

*Stefan Pötzsch*